

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bezu. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 S. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolausstraße 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 10 S., die 22 mm breite Zeile 8 S.; außerhalb: 75 S. bezu. 4 M. Ausland 2 M. bezu. 6 M. Nachst. d. Tarif. Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 350

Donnerstag, 29. Juli 1920.

74. Jahrgang

Der Schlußakt im Falle Dorten.

Das Verhalten der Reichsregierung und des Reichsgerichts im Falle Dorten hat ergeben, daß sie für die Eigenmächtigkeit des Frankfurter Polizeipräsidenten nicht nur die Verantwortung ablehnen, sondern auch nach Kräften bestrebt waren, den Verstoß gegen das Rheinlandabkommen ungesäumt durch die Freilassung des Verhafteten wieder gut zu machen. Die Verantwortung für den peinlichen Zwischenfall bleibt also allein an dem Polizeipräsidenten von Frankfurt hängen, der unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt im Innern eine schädliche Erregung der Bevölkerung hervorgerufen und nach Außen hin das Mißtrauen der Fremden befestigt hat. Die ohnehin schwache Stellung der Reichsregierung hat dadurch einen Stoß erhalten, der nur deshalb nicht zu einer für sie gefährlichen Auswirkung kam, weil sie ihn durch die sofortige Wiederherstellung des Rechtszustandes parierte. Jede deutsche Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein möchte, hätte so handeln müssen. Wir hoffen, daß auch die Entente Staaten die korrekte Haltung der Reichsregierung anerkennen und ihr aus dieser Angelegenheit keine weiteren Schwierigkeiten bereiten. Wir hoffen ferner, daß die Amtsenthebung des stellvertretenden Polizeipräsidenten und des Regierungspräsidenten von Wiesbaden, die beide an dem eigenmächtigen und parteipolitischen Nebenabstehen sehr verdächtigen Amtsinhabers des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Frankfurt völlig unbeteiligt waren, nunmehr rückgängig gemacht wird. Da die Entfernung des an Dorten's Wohnung aufgestellten Polizeipostens auf Dr. Dorten's eigenen Wunsch vorgenommen worden ist, kann man die Polizeiverwaltung für einen Mangel an politischem Schutz nicht verantwortlich machen. Und den Regierungspräsidenten ebensowenig. Die wirklich Schuldigen aber müssen der Verantwortlichmachung durch die deutschen Behörden überlassen werden. Wir können feststellen, daß die Mainzer Gavas-Meldung vom 27. Juli, wonach die Vertreter der Alliierten die Auslieferung derjenigen Personen verlangt hätten, die die Entführung Dr. Dorten's aus Wiesbaden bewerkstelligt, falsch war. Die Agentur Gavas stellt fest, daß man in Mainz einen Überlieferungsfehler gemacht habe; im Originaltelegramm heiße es, daß Maßnahmen (also nicht Auslieferung) gegen die Personen verlangt worden sind, die die Entführung bewerkstelligt haben. Eine Auslieferung hätte ja auch unter allen Umständen abgelehnt werden müssen: die Verfolgung von in Deutschland geschehenem Unrecht ist eine innerdeutsche Angelegenheit. Und soweit es in der Macht der unbestechbaren deutschen Justiz liegt, wird keine Straftat ungesühnt bleiben.

B. G.

Die Vorschüsse an Deutschland.

Paris, 29. Juli. Der Finanzausschuß der Kammer hat gestern Nachmittag einen Gesetzentwurf über die Bewilligung der durch das Kohlenabkommen mit Deutschland notwendig gewordenen Vorschüsse durchberaten. Nachdem der Finanzminister eine ganze Reihe von Fragen an einzelne Mitglieder des Finanzausschusses beantwortet hatte, weigerte sich der Ausschuß, in die Beratung der einzelnen Artikel einzutreten. Mit 12 gegen 8 Stimmen bei 9 Stimmenthaltung wurde der Antrag, in die Diskussion einzutreten, abgelehnt. Man nimmt an, daß auf Antrag des Ministerpräsidenten der Finanzausschuß sich heute Nachmittag in seiner Anwesenheit nochmals mit den Kreditforderungen beschäftigen wird.

Italienisch-griechischer Inselstreit.

Paris, 29. Juli. Nach dem „Matin“ hat sich der Konflikt zwischen Italien und Griechenland über die Inseln des Dodekanes nicht beilegen lassen. Die italienische Regierung habe sich geweigert, das Abkommen anzuerkennen, das vor einem Jahre in London abgeschlossen worden ist.

Verschiebung der türkischen Unterchrift.

Paris, 29. Juli. Der türkische Friedensvertrag wird wahrscheinlich nicht vor Samstag unterzeichnet werden, da die türkischen Delegierten bisher noch nicht in Paris eingetroffen sind.

Der Wohlhaberschwindel.

Die „Vossische Zeitung“ mitteilt, sind in den letzten Tagen in Berlin zwei weitere Wohlhaberschwindel unter Zwangsverwaltung gestellt worden, und zwar die Verleitung des Deutschen in den national gefährdeten Gebieten, die im Ganzen 180.000 M. gesammelt hat, und des Hilfswerks für unterernährte Kinder, von dessen Wirksamkeit für unterernährte Kinder tatsächlich bisher nichts bekannt geworden ist.

Die Enthüllung über die USP.

Das ämtliche Vossische Telegraphenbureau hat gestern eine aufsehenerregende Enthüllung der „Magdeburger Zeitung“ über ein Abkommen der Unabhängigen mit der Sowjetregierung verbreitet; auch wir haben diese Meldung veröffentlicht. Die „Magdeburger Zeitung“, ein Blatt, das man nicht als sensationenhungrig bezeichnen kann, hat zu der Enthüllung den Anlaß gemacht, daß die Nachrichten ihr von undingst zuverlässiger Seite zugegangen seien. Und von vornherein sei zu erklären, daß keine Ablehnung der beteiligten Stellen die Richtigkeit dieser Mitteilung erschüttern wird. Demgegenüber bemerkt der „Vorwärts“ gestern, die ganze Sache sei von A bis Z erfunden und erzeuge Heiterkeit. Die „Magdeburger Zeitung“ sei einer Irreführung zum Opfer gefallen. Das Urteil des „Vorwärts“ ist in diesem Fall nicht maßgebend. Als vor einigen Wochen in München Blätter der Unabhängigen zu einer neuen Revolution veröffentlicht wurden, wurde gleichfalls von Irreführung und ähnlichen Dingen gesprochen. Sicher ist eines: die Rote Armee kämpft mit dem Ziel, dem Bolschewismus Bahn zu schaffen, und sicher ist ein anderes: die Unabhängigen wünschen der Roten Armee in diesem Kampf Glück, und vom Wunsch bis zur tatsächlichen Unterstützung ist es nicht mehr weit.

Aus Königsberg wird gemeldet, daß die Unterredung zwischen Dr. Lenz, Hilferding und Vertretern der Sowjetregierung in Warschau nach den Ermittlungen der zuständigen britischen Instanzen tatsächlich stattgefunden habe. Als ihr Ergebnis sei bisher gerade das Gegenteil bekannt geworden, nämlich daß ein Einmarsch russischer Truppen nicht beabsichtigt sei, da Deutschland ohnehin bald dem Bolschewismus als reife Frucht zufallen werde.

Der ununterbrochene Vormarsch der Russen.

mz. Paris, 29. Juli.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus London ist die Rote Armee am 28. Juli in Tarnopol eingedrungen, und Brody ist bereits von den Polen geräumt worden. Das Vorwärtsschieben der Bolschewiken macht in den letzten Tagen bedenkliche Fortschritte, nachdem in der Vorwoche ein Stillstand eingetreten war.

Warschau hat zwar die Bitte der Polen um Waffenstillstand angenommen, aber Waffenruhe ist bis jetzt noch nicht eingetreten. Nach den jüngsten Telegrammen werden die polnischen Unterhändler erst am 30. Juli die russische Front überschreiten können. Die Verhandlungen sollten in Warschau stattfinden. In Warschau scheint man sehr ungünstig darüber zu sein, daß die Russen die Verhandlungen nach hinauschieben, denn die Lage der polnischen Armee verschlechtert sich immer mehr. Der umfassende Angriff der Roten Armee mit der gemeinsamen Stoßrichtung Warschau macht weitere Fortschritte.

Die Bewilligung des Waffenstillstandes durch die Sowjetregierung war an die bedingungslose Unterwerfung des Generals Wrangel geknüpft, der in der Krim gegen die roten Truppen operiert. Nach einer Pariser Meldung hat Bonar Law im englischen Unterhause erklärt, daß die englische Regierung keine Beziehungen mehr zu General Wrangel habe. Dieser müsse daher mit der Sowjetregierung direkt verhandeln.

Die Verhandlungen zwischen der Entente und Rußland über die vorgeschlagene Friedenskonferenz in London gehen weiter. Die Russen zeigen sich sehr hartnäckig gegenüber den Vorschlägen Lloyd Georges. Man nimmt in englischen Kreisen an, daß die Konferenz zwar zu Stande kommt, aber erst Mitte September. Rußlands Möchte vorher den Frieden mit Polen allein machen.

Die Ententetruppen im Osten.

London, 28. Juli. Im Unterhause erklärte gestern Churchill, es sei beabsichtigt gewesen, die in Dänzig und Allenstein stehenden englischen Truppen nach Erledigung des Plebiszits zurückzuziehen. Augenblicklich würden indessen Rückschlüsse insofern der Entscheidung auf den polnischen Kriegsschauplatz möglich sein könnten, in Erwägung gezogen. Auf die Anfrage, ob es wahr sei, daß drei Bataillone in englischen Uniformen durch Deutschland gegangen seien, entgegnete Bonar Law, dieser Bericht sei lächerlich.

Lokale Unruhen in Posen.

Berlin, 29. Juli. Wie aus Merseburg berichtet wird, ist es in der Provinz Posen zu Unruhen gekommen. In mehreren kleinen Ortschaften bei Neumünster gelang es Provokateuren und Polizeispitzeln, die deutsche Bevölkerung aufzuheizen. Polnische Gendarmenposten wurden entworfen und gefangengelegt und die Gemeindegäude und Postämter besetzt. Das herbeigerufene polnische Militär verhaftete hundert bis hundertzwanzig Deutsche, die nach größter Mißhandlung nach der Posener Festung gebracht wurden, wo sie ihrer Aburteilung wegen Landesverrats entgegenstehen. — Nach einer Meldung aus Posen entziehen sich auch zahlreiche Polen der Aushebung zum Heeresdienst, indem sie erklären, Deutsche zu sein. Täglich desertieren hunderte von Soldaten, die teilweise mit ihren Waffen über die Grenze gehen.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag schloß gestern Nachmittag um 1 Uhr die Besprechung der Regierungserklärung über Spa fort. Zunächst sprach der

Abg. Stresemann

von der Deutschen Volkspartei. Stresemann meinte, es sei lediglich ein Stilles zu verhandeln, daß es in Spa zu wirklichen Verhandlungen gekommen ist. Es sei unklug, zu behaupten, die Großindustrie in Weiskalen wünsche eine Beilegung des Kohlengebietes, um sich dann, frei von Berliner Bevormundung, im Verkehr mit der französischen Industrie bewegen zu können. Alle Bestrebungen, im Westen die Beziehungen zum Reich zu lockern, seien bis jetzt nicht auf den Widerstand der Großindustrie gestoßen. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet habe bei der jetzigen Gesamtlage unbedingt vermieden werden müssen. Die Deutsche Volkspartei sei mit der Haltung der Delegation in Spa einverstanden. Der Minister Dr. Simons habe seine Rede zu sehr auf die Wirksamkeit auf England eingestellt. Ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und Deutschland sei notwendig. Bezüglich der Ausrüstungen Dr. Simons über Rußland meinte Stresemann, die Gefahr des Bolschewismus dürfe nicht vernachlässigt werden; mit der Aufwärtsbewegung der bolschewistischen Wirtschaft sei es in Wirklichkeit nicht so weit her, und was Dr. Simons behauptet habe, widerspreche all dem, was im Mann wie Trotski selbst im April auf dem russischen Gewerkschaftskongress gesagt habe. In Rußland sei die Arbeitsleistung wie in keinem anderen Lande zurückgegangen. Zum Schluß wies Stresemann nochmals auf die Verdienste Dr. Simons in Spa hin. (Wir kommen auf die Rede noch zurück. Schriftl.)

Der Demokrat Hausmann

fährte u. a. aus, die Beschränkung der Wehrmacht bedeute vor allem eine Erhöhung der Schuldllosigkeit Deutschlands. Den deutschen Sachverständigen Stinnes und Huls seien wir dank schuldig; sie müßten gegen die Angriffe in Schutz genommen werden. Er habe den Eindruck, daß die deutsche Delegation mit größter Gewissenhaftigkeit gehandelt habe. Die Unabhängigen verwies Hausmann auf einen Auspruch des Engländers Kores, der erklärte, daß die ungeheuerliche Selbstbezichtigung von der deutschen Schuld am Krieg eine friedliche Auffassung in den Ententeländern gegenüber Deutschland nicht aufkommen lasse. Dann wandte sich Hausmann gegen die Deutschnationalen. Die Rede des deutsch-nationalen Hößlich sei eine Wadrede gewesen mit Entstellungen und Verzerrungen.

Die Kommunistin Clara Zetkin hielt eine Programmsprache. Sie konnte nicht in den Beisatz ein, den die Unabhängigen den Ausführungen Dr. Simons über Rußland gesollt haben. Dr. Simons habe in Spa eine rein kapitalistische Politik getrieben.

Der Abg. Müller-Franken.

Der frühere Reichsminister und Außenminister, beschäftigt sich mit der Stellung Dr. Simons gegenüber Rußland. Er habe während seiner Amtszeit als Minister des Auswärtigen immer noch Klarheit über Rußland gesucht, aber den Optimismus des Herrn Dr. Simons könne er nicht teilen, obwohl er die aufbauende Kraft Rußlands immer noch bewertet habe. Er habe Rußland gegenüber eine klare Politik getrieben, die die heutige Regierung nur fortzuführen brauche. Die Hoffnung der Unabhängigen auf die Weltrevolution teile er nicht. Zum Schluß fordert Müller die Sozialisierung des Verkehrs.

Der Abg. Hergt

von der Deutschnationalen Partei erhob schwere Vorwürfe gegen die Volkspartei. Die deutsche Delegation habe in Spa die Nerven verloren und sei innerlich zusammengebrochen. Die Unterdrückung unter ein Schriftstück, das die Drohung mit dem Einmarsch enthalte, sei mit nationaler Würde nicht vereinbar. Mit der Deutschen Volkspartei sei keine Partei bis vor wenigen Monaten in nationalen Fragen noch einig gewesen, aber er müsse heute feststellen, daß die Deutsche Volkspartei über die nationale Würde nicht mehr so peinlich denke, wie damals. (Großer Lärm bei der Volkspartei. Rufe: Unerbört.) Der Einmarsch sei nur verschoben, die Ablehnung der Unterdrückung wäre eine nationale Tat gewesen, die zu einer inneren Erhebung des Volkes geführt hätte. Die deutsch-nationale Volkspartei wolle in scharfer Opposition bleiben und wolle dadurch der Regierung den Rücken stärken.

Bizekanzler Dr. Heinke

von der Volkspartei trat den Angriffen des Deutschnationalen entgegen. Die Lage sei in Spa so kritisch gewesen, daß nur der sie wirklich beurteilen könnte, der in Spa anwesend war. Die Entscheidung habe schließlich von der Erwägung abgehängt, ob die Entente Schritte tun würde, die die Zukunft Deutschlands auf das schärfste gefährden könnten. Die Einmarschdrohung sei ernst gewesen, und hinter dieser Drohung habe die ganze Entente gestanden.

Reichsminister Dr. Simons

ergriff nochmals das Wort über Rußland. Er erklärte nochmals, in Rußland sei seiner Auffassung nach ein stetiger Aufbau im Gange. Rußland sei groß und es tue nichts zur Sache, wenn der Aufbau nicht überall gleichmäßig vor sich gehe. Man habe bisher seiner Ansicht nach Rußland gegenüber eine Politik der Uebertreibung getrieben. Man dürfe ein Volk nicht deswegen anders behandeln als andere Völker, weil man sich davor fürchte, daß die Gefährdungen, die in diesem Volke herrschend sind, einem selbst gefährlich werden könnten.

Das Vertrauensvotum.

Der Reichstag führte gestern die Besprechung über Spa zu Ende. Der Antrag der Deutsch-Nationalen, der

